

Einleitung: Typen der Anwaltsklausur	1
§ 1 Klageschriftklausur	6
A. Allgemeines / Einarbeitung in die Klausur bzw. Vorbereitung des Schriftsatzes	6
I. Mandantenzielermittlung / Bearbeitung des Sachverhalts	6
1. Herausarbeitung der Grundlinie der Aufgabenstellung: Klageschrift als Aufgabe / Rollenverteilung mit dem zusätzlichen Gutachten.....	6
2. Detailermittlung der sachlichen Mandantenziele	7
II. Tatsachenermittlung	8
1. Herausarbeitung und Selektion der juristisch relevanten Fakten	8
2. Überprüfung der Anlagen.....	8
III. Materiellrechtliche Prüfung	9
1. Schlüssigkeitsanalyse.....	10
2. Prüfung etwaiger Verteidigungsmöglichkeiten des Gegners.....	10
IV. Beweisführung.....	11
1. Beweisbedürftigkeit.....	11
a. Allgemeinkundige Tatsachen.....	12
b. Gerichtskundige Tatsachen	12
2. Beweislastverteilung	12
a. Hauptregel: Jeder die für ihn günstigen Tatsachen	12
b. Ausdrückliche Beweisregelungen	13
c. Rückschluss aus Gesetzesformulierung	14
d. Regel-Ausnahmeprinzip	15
e. Richterrechtliche Beweislastregeln / wichtige Fallgruppen	15
aa. Vertragsrecht: „Sphärentheorie“.....	15
bb. Arzt- und Produzentenhaftung.....	16
cc. Beweisvereitelung	16
3. Beweismittel	17
a. Augenschein.....	17
b. Zeuge	17
aa. Abgrenzung zum Sachverständigen	17
bb. Abgrenzung zur Parteivernehmung.....	18
c. Sachverständiger.....	18
d. Urkundenbeweis.....	19
e. Parteivernehmung	20
V. Prozessuale Umsetzung der Mandantenziele / Prozesstaktik.....	20
1. Festlegung der Partei(en) auf Klägerseite	20
a. Rechtsinhaberschaft mehrerer.....	20
aa. Gesamt- oder Mitgläubigerschaft	21
bb. Gesetzliche Prozessstandschaft	21
cc. Notwendige Streitgenossenschaft	22
b. Nichtidentität von Gläubigerschaft und Klägerrolle	23
aa. Erhebung der Klage in gesetzlicher Prozessstandschaft.....	23
bb. Erlangung der Zeugenstellung durch Forderungsabtretung	23
cc. Erhebung der Klage in gewillkürter Prozessstandschaft	24
2. Festlegung des bzw. der richtigen Beklagten	24
a. Klageerhebung gegen notwendige Streitgenossen	24
b. Klageerhebung gegen Gesamtschuldner	25
aa. Nachteil: Höhere Kostenrisiken	25
bb. Vorteile in der späteren Vollstreckung	25
c. Notwendigkeit der Klageerhebung gegen mehrere Personen zur Herbeiführung der Durchsetzbarkeit des Titels	26
d. Einbeziehung von Zeugen	27
3. Festlegung des objektiven Klageumfangs / Problem der Teilklage.....	28
a. Mögliche Vorteile einer Teilklage	28
b. Nachteile / Gefahren einer Teilklage.....	28

aa. Keine (positive) Rechtskrafterstreckung für Folgeprozess	28
bb. Verjährung der Restforderung.....	29
cc. Provokation einer Feststellungswiderklage	29
dd. Gefahr der verdeckten Teilklage: Verlust des Restes der Forderung?.....	30
c. Anforderungen an den Inhalt einer (offenen) Teilklage.....	31
4. Auswahl des richtigen Gerichts / Zuständigkeitsprüfung.....	31
a. Allgemeines	31
b. Mehrere zuständige Gerichtsstände	32
c. Die objektive Klagehäufung.....	32
d. Streitgenossen / Gemeinsamer Gerichtsstand	32
e. Die Gerichtsstandsvereinbarung.....	33
5. Erhebung einer Stufenklage	34
a. Prozessuale Ausgangssituation	34
b. Vor- und Nachteile der Stufenklage / Unterschiede zur reinen Auskunftsklage.....	35
aa. Vorteile.....	35
bb. (Scheinbare) Nachteile	35
c. Voraussetzungen der Stufenklage	36
aa. Spezialgesetzliche Auskunftsansprüche	36
bb. Auskunftsanspruch aus § 242 BGB	37
cc. Umfang der Auskunft / Bedeutung der §§ 259 ff. BGB.....	37
dd. Entfallen der Auskunftspflicht	37
6. Erhebung einer Feststellungsklage	38
a. Positive Feststellungsklage.....	38
aa. Allgemeines	38
bb. Spannungsverhältnis zur Klage auf künftige Leistung (§§ 257 ff. ZPO)	39
cc. Wichtiger Sonderfall: Feststellungsklage bezüglich Annahmeverzuges bei Zug-um-Zug-Titeln	41
dd. Wichtiger Anwendungsbereich: Arbeitsrecht	42
b. Negative Feststellungsklage	43
c. Zwischenfeststellungsklage gemäß § 256 II ZPO	43
7. Einsatz von Haupt- und Hilfsanträgen	44
a. Anwendungsbereich des „echten“ Hilfsantrages	44
b. Anwendungsbereich des „uneigentlichen“ Hilfsantrages.....	46
c. „Uechter“ Hilfsantrag	46
d. Eintritt der Wirkung des Hilfsantrages / Frage der Verjährungsgefahr	47
8. Wahl einer besonderen Verfahrensart.....	48
a. Das Mahnverfahren.....	48
b. Der Urkunden- und Wechselprozess	50
9. Prüfung der Durchsetzbarkeit außerprozessualer Anwaltskosten (Geschäftsgebühr) gegen den Prozessgegner:.....	51
a. Voraussetzungen des Anfalls der Geschäftsgebühr	51
b. Erstattungsansprüche gegen den Prozessgegner.....	52
aa. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen	52
bb. Geltendmachung von sonstigen Ansprüchen	52
10. „Begleitmaßnahmen“ des Anwalts bei der Mandatsübernahme bzw. Vorbereitung der Klage:.....	53
a. Anforderung der schriftlichen Prozessvollmacht.....	54
b. Unverzichtbare Belehrungen des Mandanten.....	54
c. Klärung etwaiger staatlicher Hilfe bezüglich der Prozesskosten	54
d. „Absicherung“ der Kostenfolgen der Klage:	55
e. „Absicherung“ für Fall des Unterliegens: Streitverkündung	55
B. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen.....	56
I. Das Rubrum der Klageschrift	57
1. Adressierung / Bezeichnung des Gerichts.....	57
2. Parteibezeichnung	57
3. Prozessgegenstand	58
4. Streitwertangabe	58
5. Angabe einer besonderen Verfahrensart.....	59

II. Die Anträge der Klageschrift.....	59
1. Allgemeines zu den Anträgen	59
a. Bestimmter Leistungsantrag	59
aa. Allgemeines	59
bb. Leistungsantrag in gesetzlicher Prozessstandschaft	60
b. Zinsantrag.....	61
c. Der Kostenantrag	61
d. Der Antrag zur vorläufigen Vollstreckbarkeit.....	62
aa. Schutzanträge.....	62
bb. Antrag zur Art der Sicherheitsleistung.....	62
e. Antrag zu Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren	62
f. Antrag auf Anerkenntnisurteil im schriftlichen Vorverfahren	62
2. Besondere Sachanträge	63
a. Stellung eines unbezifferten Leistungsantrags	63
b. Der Herausgabeanspruch	65
c. Der Lieferungsanspruch	65
d. Die Klage auf Vornahme einer Handlung	66
aa. Unterscheidung von vertretbarer / unvertretbarer Handlung	66
bb. Verbindung mit Entschädigungsanspruch.....	66
e. Anträge auf Auskunft und Rechnungslegung / Stufenklage	67
f. Unterlassungs- und Duldungsklage	68
g. Klage auf Abgabe einer Willenserklärung.....	69
h. Antrag auf Verurteilung Zug um Zug	70
i. Feststellungsanträge	71
aa. Positive Feststellungsklage gemäß § 256 I ZPO	71
bb. Negative Feststellungsklage.....	74
cc. Zwischenfeststellungsklage gemäß § 256 II ZPO	74
III. Die Begründung der Klage	74
1. Tatsachenvortrag	74
a. Notwendiger Inhalt der Klageschrift	74
b. Darstellung der Klagebegründung / Aufbau	76
aa. Einführung in den Streitstand	76
bb. Inhalt und Umfang des Tatsachenvortrags	77
cc. Aufbau des Sachvortrags.....	80
dd. Sonderproblem: Klagevortrag zum Zinsanspruch.....	80
2. Beweisangebote.....	83
a. Umfang / strenge Orientierung an der Beweislast	83
b. Verhalten in kritischen Grenzfällen	83
c. Umgang mit zeugnisverweigerungsberechtigten Zeugen.....	84
3. Rechtsausführungen.....	85
a. Notwendigkeit der Rechtsausführungen	85
b. Ort und Umfang der Darstellung	85
c. Stil und Inhalt der Rechtsausführungen	86
aa. Einleitungssatz.....	86
bb. Urteilstil mit Tiefgang	86
cc. Parteirolle beachten: nur positive Aspekte!	87
dd. Erwähnung von Unproblematischem?	88
ee. Fundstellenangabe?	89
IV. Erklärung zur gütlichen Einigung	89
V. Erklärung zur Entscheidung durch den Einzelrichter	89
C. Sonderfälle: Anspruchsgrundierung nach vorherigem Mahnverfahren	90
§ 2 Reaktionsschriftsätze, v.a. Klageerwiderung.....	92
A. Allgemeines zur Klageerwiderung / Einarbeitung in die Klausur.....	92
I. Sachverhaltsvorgaben	92
II. Ansatzpunkte für die Verteidigung.....	92
1. Prüfung der Zulässigkeit der Klage.....	93
2. Schlüssigkeitsprüfung der Klage	93

3. Klärung der Beweislage: Beweisangebot, Bestreiten oder Unstreitigstellen	94
a. Unstreitigstellen bzw. Geständnis	95
b. Gegenangriff bei für den Beklagten ungünstigen Behauptungen	96
aa. Klärung der Beweislastverteilung	96
bb. Reaktion bei Beweislast des Gegners; Gegenbeweis	97
cc. Reaktion bei überflüssigem Beweisangebot des Gegners	97
III. Festlegung der richtigen Reaktion	98
1. (Teil)-Anerkenntnis	98
a. Prüfung der Voraussetzungen des § 93 ZPO	99
b. Anerkenntnis bei Nichtvorliegen von § 93 ZPO	99
2. Vergleichsverhandlungen	100
3. Klageabweisung / Ansatzpunkte hierfür	100
a. Überblick	100
b. Aufrechnung	100
4. Die Widerklage	101
a. Zulässigkeitsvoraussetzungen	101
b. Typische Anwendungsfälle bzw. -probleme der Widerklage	103
aa. Umgehung der Präklusion / „Flucht in die Widerklage“	103
bb. Umgehung eines Aufrechnungsverbotes	104
cc. Verhältnis der Widerklage zur Aufrechnung	104
dd. Widerklage gegen Klage auf Zug-um-Zug-Leistung	106
ee. Feststellungswiderklage	107
ff. Einbeziehung eines Dritten / sog. Dritt widerklage	110
c. Weitere Auswirkungen der Widerklageerhebung	111
aa. Kostenfragen: Änderung des Gebührenstreichwerts	111
bb. Auswirkungen auf die sachliche Zuständigkeit	112
IV. Klärung von Fristen und Terminen	113
B. Formalia des Klageerwiderungsschriftsatzes selbst	113
I. Rubrum / Adressierung der Klageerwiderung	114
II. Die Anträge	114
1. Der Sachantrag	114
a. Voller Abweisungsantrag	114
b. Hilfsweise Einrede:	115
c. Formulierung eines (Teil)-Anerkenntnisses	115
2. Vollstreckungsschutzanträge	116
a. Allgemeiner Vollstreckungsschutzantrag	116
b. Besonderer Vollstreckungsschutzantrag	116
III. Formelle Besonderheiten bei Erhebung einer Widerklage	117
IV. Die Begründung der Klageerwiderung	117
1. Einführung in die Verteidigungslinie	117
2. Vortrag zur Unzulässigkeit der Klage	118
a. Frage der Notwendigkeit bzw. Sinnhaftigkeit einer Rüge	118
b. Position im Schriftsatz	118
3. Der Sachvortrag des Beklagten	119
a. Einleitung durch Zusammenfassung	119
b. Aufbau des Tatsachenvortrags	119
c. Bestreiten von Tatsachen	120
aa. Einfaches Bestreiten	121
bb. Substanziertes Bestreiten	121
cc. Bestreiten mit Nichtwissen	122
d. Vortrag zu den Einwendungen bzw. Einreden	123
4. Rechtsausführungen	123
a. Allgemeines	123
b. Mehrfachverteidigung mit Tatsachen- und Rechtsargumenten	124
5. Stellungnahme zum Einzelrichter	124

C. Sonderfälle der Klageerwiderung: Reaktion auf Versäumnisurteil oder Vollstreckungsbescheid zugunsten des Gegners	125
I. Einspruch gegen ein Versäumnisurteil (v.a. § 331 III ZPO)	125
1. Zusatzaufgabe: Klärung der Zulässigkeit des Einspruchs	125
2. Andere Anträge (§ 343 ZPO).....	126
3. Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung.....	127
II. Erwiderung auf Anspruchsbegründung des Gegners nach Einspruch gegen Vollstreckungsbescheid (§ 700 IV ZPO).....	128
1. Sachliche Erwiderung noch nicht im Einspruch selbst	128
2. Inhalt der zu stellenden Anträge	128
3. Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung nach §§ 707, 719 (hier i.V.m. § 700 I) ZPO.....	129
D. Andere „Reaktionsschriftsätze“ (Replik, Duplik):	129
I. Klausurtechnische Unterschiede zu anderen Schriftsatzklausurtypen:	129
1. Besonderheiten beim Tatsachenvortrag:.....	129
a. Aufgabe hier: Überprüfung und Ergänzung des Vortrags und der Beweisangebote.....	130
b. Reaktion auf Widerklage des Gegners:	130
c. Reaktion auf Einwendungen des Gegners:.....	130
d. Reaktion auf veränderte Umstände:	131
e. Sonderfall: Kündigungsschutzklage im Arbeitsrecht:.....	131
2. Auswirkung auf die Rechtsprobleme:	131
II. Typische prozessuale Probleme der Replik:	132
1. Reaktion des Klägers auf Prozessaufrechnung des Beklagten:	132
2. Reaktion des Klägers auf Widerklage.....	133
3. Notwendige Änderungen bzw. Erweiterungen der Klageanträge:.....	133
a. Korrektur anfänglich ungeeigneter Anträge	133
b. Wg. Veränderung der Umstände im Prozessverlauf.....	134
III. Sonderfall der Replik: Einspruch gegen VU nach § 330 ZPO.....	134
§ 3 Einstweiliger Rechtsschutz.....	135
A. Mandantenzielermittlung / Herangehen an den Sachverhalt.....	135
I. Feststellung, dass gerade einstweiliger Rechtsschutz begeht wird.....	135
II. Festlegung, welche Art von einstweiligem Rechtsschutz konkret einschlägig ist.....	136
1. Überblick	136
a. Arrest gemäß §§ 916 ff. ZPO	137
b. Einstweilige Verfügung gemäß §§ 935 ff. ZPO	137
c. Einstweilige Anordnungen gemäß §§ 49 ff FamFG	137
2. Prüfungssystematik.....	138
3. Details zur Abgrenzung.....	139
a. Arrest.....	139
aa. Arrestvoraussetzung: jetzt schon klagbarer Geldanspruch	139
bb. Mögliches Arrestziel: (nur) Sicherung des Geldanspruchs	139
b. Anwendungsbereich der einstweiligen Verfügung	140
aa. Sicherungsverfügung gemäß § 935 ZPO.....	140
bb. Regelungsverfügung gemäß § 940 ZPO.....	141
cc. Leistungsverfügung gemäß (bzw. analog) § 940 ZPO	141
dd. Umstrittener Sonderfall: Unterlassungsverfügung	142

B. Die einzelnen Rechtsbehelfe.....	143
I. Beantragung eines Arrestes	143
1. Voraussetzungen der Zulässigkeit.....	143
a. Auswahl des richtigen Gerichts / Zuständigkeit:.....	143
b. Postulationsfähigkeit	143
c. Behauptung eines Arrestanspruchs <i>und</i> eines Arrestgrundes	144
2. Voraussetzungen der Begründetheit / Glaubhaftmachung von Arrestanspruch und Arrestgrund	144
a. Objektive Voraussetzungen der Begriffe Arrestanspruch und Arrestgrund.....	144
aa. Arrestgrund beim dinglichen Arrest	144
bb. Arrestgrund beim persönlichen Arrest.....	145
b. Begriff Glaubhaftmachung / Auswirkungen auf die Beweisführung.....	146
aa. Allgemeines / keine eingeschränkte Subsumtion!.....	146
bb. Auswirkung auf die Auswahl der Beweismittel	147
c. Umfang der notwendigen Beweisführung / Beweisbedürftigkeit.....	150
3. Kostenrechtliche Fragen	152
4. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen.....	152
a. Das Rubrum des Arrestantrages.....	153
b. Antragstellung	153
aa. Hauptsacheantrag	153
bb. Evtl. Hilfsantrag: Stattgabe gegen Sicherheitsleistung	154
cc. Gleichzeitiger Vollstreckungsantrag	154
dd. Vorläufige Vollstreckbarkeit	155
ee. Antrag auf Entscheidung gerade ohne mündliche Verhandlung.....	156
ff. Antrag zur Sicherheitsleistung des Gegners?	156
c. Begründung des Antrages:.....	156
II. Beantragung einer einstweiligen Verfügung.....	157
1. Voraussetzungen der Zulässigkeit.....	157
a. Prüfung des zuständigen Gerichts	157
b. Postulationsfähigkeit	158
c. Behauptung von Verfügungsanspruch <i>und</i> Verfügungsgrund	158
2. Voraussetzungen der Begründetheit	158
a. Glaubhaftmachung von Verfügungsanspruch <i>und</i> Verfügungsgrund.....	158
b. Sonderfälle: Verfügungsanspruch genügt.....	159
c. Besondere Voraussetzungen der Entscheidung im Beschlussverfahren (ohne mündliche Verhandlung)	159
3. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen.....	160
a. Einleitungssatz des Antrages	160
b. Antrag bei Sicherungsverfügung wegen Herausgabeanspruch	160
c. Antrag bei Unterlassungsverfügung	161
III. Beantragung einer einstweiligen Anordnung auf Unterhalt.....	162
1. Voraussetzungen der Zulässigkeit.....	162
a. Statthaftigkeit.....	162
b. Zuständigkeit:	162
c. Regelungsbedürfnis.....	162
d. Postulationsfähigkeit	163
2. Begründetheit des Antrags	163
3. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen.....	163
a. Rubrum.....	163
b. Anträge	163
c. Antragsbegründung	164
C. Reaktion auf eine (gegen den Mandanten) ergangene Entscheidung im einstweiligen Rechtsschutz	164
I. Ermittlung des richtigen Rechtsbehelfs	164
1. Rechtsbehelfe im Arrestverfahren bzw. bei einstweiliger Verfügung	164
2. Rechtsbehelfe gegen eine einstweilige Anordnung:.....	165

II. Einzelheiten zum Widerspruch	165
1. Ermittlung des richtigen Adressaten / Zuständigkeit des Gerichts:	165
2. Die Anträge im Widerspruchsschreiben	166
3. Begründung des Widerspruchs	166
 § 4 Prozessgutachten des Anwalts	 168
A. Varianten des anwaltlichen Prozessgutachtens / Aufbau	168
I. („Einschichtiges“) Gutachten zur Vorbereitung eines Schriftsatzes	168
1. Prüfung der Erfolgsaussichten in der Sache	169
2. Prozessuale Umsetzung der realisierbar erscheinenden Ziele / Zweckmäßigkeitserwägungen:	170
II. „Relationsgutachten“ oder „zweischichtiges Gutachten“:	171
B. Besonderheiten in der Arbeitsweise gegenüber dem Gutachten im Referendarexamen:	171
I. Verwendung eines gemäßigten Gutachtenstils oder gar Urteilstils.....	171
II. Strenge Orientierung an der höchstrichterlichen Rechtsprechung	172
III. Chance-Risiko-Abwägung statt apodiktischer Ergebnisse.....	172
 § 5 Berufungsbegründung.....	 174
A. Prüfungsschritte zur Vorbereitung des Schriftsatzes.....	174
I. Klärung, ob Berufung einschlägig / Statthaftigkeit.....	174
1. Grundfall: Vorgabe durch den Bearbeitervermerk	174
2. Allgemeiner Bearbeitervermerk / Abgrenzungsfragen.....	174
a. Abgrenzung bei unklarem Urteil (Meistbegünstigungstheorie)	175
b. Abgrenzung zwischen erstem und zweitem Versäumnisurteil.....	175
c. Abgrenzung zum Nachverfahren (Urkundenprozess).....	175
d. Sonderfall: Vorgehen mit Anhörungsrüge (§ 321a ZPO)	177
II. Klärung weiterer Fragen der Zulässigkeit der Berufung.....	178
1. Beschwer / Beschwerdedwert.....	178
2. Form der Berufungseinlegung (§ 519 ZPO)	179
3. Einlegungsfrist (§ 517 ZPO).....	179
a. Behandlung von Zustellungsfehlern	179
b. Berufungsfrist bei notwendiger Streitgenossenschaft.....	180
c. Berufungsfrist bei Streithelfern	180
4. Begründungsfrist (§ 520 II ZPO).....	180
III. Prüfung der Erfolgsschancen in der Sache selbst / Begründetheit der Berufung.....	181
1. Besonderheiten bezüglich der Zulässigkeit der Klage	181
2. Besonderheiten bezüglich der Begründetheit der Klage	181
IV. Erweiterungen des Streitgegenstands und Aufrechnung in der Berufung (§ 533 ZPO).....	182
V. Sonderfall: Berufung gegen zweites Versäumnisurteil (§ 514 II ZPO)	183
1. Statthaftigkeit der Berufung gegen zweites VU nach Vollstreckungsbescheid (§§ 700 I, 345 ZPO):	183
a. Fall 1: gesetzliche Voraussetzungen der Säumnis fehlten	183
b. Fall 2: unverschuldete Säumnis	183
c. Fall 3 / Erweiternde Auslegung: Unzulässigkeit oder Unschlüssigkeit der Klage	184
d. Einordnung der Punkte im Prüfungsschema	185
2. Statthaftigkeit der Berufung gegen zweites VU nach „echtem“ ersten VU.....	185

3. Weitere Zulässigkeitsprüfung.....	186
4. Begründetheit der Berufung	186
VI. Kostenfragen	186
B. Formalia des Berufungsbegründungsschriftsatzes.....	187
I. Rubrum	187
II. Berufungsanträge (§ 520 III Nr. 1 ZPO)	187
1. Hauptsacheantrag: ausdrückliche und räumlich abgetrennte Antragstellung	187
2. Unterscheidung zwischen Abänderung und Aufhebung	188
a. Grundregel: eigene Sachentscheidung mit Abänderung (§ 538 I ZPO und § 528 S. 2 ZPO):	188
aa. Fall 1: Berufung des Beklagten wegen voller Verurteilung	189
bb. Fall 2: Berufung des Beklagten wegen teilweiser Verurteilung	189
cc. Fall 3: teilweise Berufung des Beklagten wegen (voller) Verurteilung	190
dd. Fall 4: (volle) Berufung des Klägers wegen voller Klageabweisung	190
ee. Fall 5: Berufung des Klägers wegen teilweiser Klageabweisung.....	191
b. Anwendungsbereich des § 538 II ZPO / Aufhebung und Zurückverweisung oder Sachentscheidung	191
aa. Abgrenzung zwischen eigener Sachentscheidung und Zurückverweisung.....	191
bb. Konsequenzen für die Anträge	192
c. Wichtiger Sonderfall: Anträge bei Berufung nach § 514 II i.V.m. § 700 VI ZPO bei Unschlüssigkeit der Klage	193
3. Antrag zu den Kosten	194
a. Fall der Entscheidung durch das Berufungsgericht	194
b. Vorgehen bei nur teilweisem Angriff	194
c. Fall der Aufhebung und Zurückverweisung.....	195
4. Antrag zur Vollstreckbarkeit.....	195
5. Evtl. noch: Antrag zur Einstellung der Zwangsvollstreckung (§§ 719 I, 707 ZPO).....	195
III. Darstellung der Berufungsgründe (§ 520 III 2 ZPO).....	196
1. Allgemeines.....	196
2. Umfang der Begründungspflicht	197
a. Mehrere Streitgegenstände oder selbständige entscheidbare Teile eines Anspruchs	197
b. Berufung gegen einheitlichen Streitgegenstand	197
3. Inhaltliche und stilistische Anforderungen	199
a. Angriff auf die Tatsachengrundlage der erstinstanzlichen Entscheidung (§ 520 III 2 Nr. 3 ZPO).....	199
b. Angriff auf die Rechtsanwendung der ersten Instanz (§ 520 III 2 Nr. 2 ZPO)	200
aa. Berufungsbegründung des Beklagten	201
bb. Berufungsbegründung des Klägers	201
c. Bezugnahme auf erstinstanzliches Vorbringen	202
4. Wichtiger Sonderfall: Darstellung der Berufungsgründe bei Berufung gegen zweites Versäumnisurteil (§ 514 II ZPO):	202
5. Stellungnahme zu den Rechtsfolgen der erfolgreichen Berufung	203
IV. Rolle des Hilfgutachtens in der Klausur	204
1. Stellungnahme zur Zulässigkeit der Berufung.....	204
2. Stellungnahme zu „negativen“ materiellrechtlichen Fragen	204
V. Angabe des Beschwerdewerts (§ 520 IV Nr. 1 ZPO)	205
VI. Äußerung zur Übertragung auf den Einzelrichter (§ 520 IV Nr. 2 ZPO).....	205

§ 6 Vertragsgestaltung.....	206
A. Wesen der Vertragsgestaltung	206
B. Arbeitsweise in der Klausur.....	208
I. Mandantenzielermittlung.....	208
II. Tatsachenermittlung:	211
1. Persönliche Verhältnisse:	212
2. Vermögensrechtliche Verhältnisse	214
3. Vorhandene frühere Vereinbarungen	215
III. Rechtliche Umsetzung.....	216
1. Bedeutung des Bearbeitervermerks	216
2. Einordnung in Rechtsgebiete	217
3. Ermittlung des Regelungsbedarfs.....	217
4. Ermittlung der Regelungsmöglichkeiten	219
5. Auswahl der richtigen Gestaltung	220
a. Übereinstimmung mit dem Regelungswunsch.....	220
b. Klarheit und Eindeutigkeit.....	221
c. Sicherheit.....	221
6. Form der Umsetzung	223
7. Stil der Umsetzung.....	224
C. Drei verschiedene Klausurtypen	225
I. Vorbereitendes Gutachten.....	225
II. Überprüfendes Gutachten	225
1. Eigener Entwurf des Mandanten.....	226
2. Entwurf durch den Vertragspartner des Mandanten.....	226
III. Formulierung eines eigenen Entwurfs	228